Ressort: Politik

Tillich für deutlich entschiedeneres Vorgehen gegen "Reichsbürger"

Berlin, 13.09.2017, 19:27 Uhr

GDN - Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat ein deutlich entschiedeneres Vorgehen gegen sogenannte "Reichsbürger" gefordert. "Wir sind viel zu lasch mit denen umgegangen", sagte Tillich dem "Tagesspiegel" (Donnerstagsausgabe).

Er prangerte zugleich Verbindungen zwischen AfD, Rechtsextremisten und "Reichsbürgern" an - und versprach, dass es eine Zusammenarbeit mit der AfD im Freistaat nicht geben werde. Tillich machte eine "zum Teil unheimliche Melange aus Wutbürgern, Rechtsextremen, Reichsbürgern und der AfD" für die Angriffe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel bei den CDU-Kundgebungen im Bundestagswahlkampf verantwortlich. Er halte die Art und Weise dieser Wut für "nicht erklärbar", sagte der sächsische Regierungschef: "Diese Leute brüllen und pfeifen. Sie wollen gar keine Diskussion. Sie wollen ihren angestauten Frust ablassen." Die Protestierer hätten Angst vor der Zukunft und suchten jemand, den sie dafür verantwortlich machen könnten.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-94598/tillich-fuer-deutlich-entschiedeneres-vorgehen-gegen-reichsbuerger.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com